

Libérale Demokratie im Gegenwind der Weltpolitik

Pierre Buhler

Den Liberalismus neu denken – diese Aufgabenstellung verlangt, die liberale Grundordnung zunächst in den politischen Kontext zu stellen, der ihre aktuellen Grundlinien gezeichnet hat und wohl auch weiterhin ausformen wird. Dieser Liberalismus ist verwurzelt in dem Verbund aus den USA und Europa, die ihn unter dem vereinigenden Oberbegriff »der Westen« grundlegend definiert haben. Die 1945 geschaffene internationale Ordnung räumte dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit breiten Raum ein, um sowohl die kollektive Sicherheit als auch die innere Verfasstheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zu gewährleisten. Dies war insbesondere das Ziel der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* von 1948. Diese lieferte während des gesamten Kalten Krieges das Leitbild der liberalen Demokratie und diente dem westlichen Lager als Kompass im ideologischen Kampf gegen das gegnerische Lager, das sich um die Vormacht UdSSR versammelt hatte.

Der Zusammenbruch des von der UdSSR verkörperten Modells im Jahr 1989 schien zwar nicht gerade das von Francis Fukuyama ausgerufene »Ende der Geschichte« einzuläuten, wohl aber den Sieg des politisch-wirtschaftlichen Liberalismus, der sich zunächst in allen Teilen der Welt als Erfolgsverheißung der Moderne durchzusetzen schien. Doch diese optimistische Vision gilt mittlerweile als widerlegt. Ab 2005 kehrte sich die Demokratisierungswelle ins Gegenteil um. Infolgedessen leben mittlerweile fast drei Viertel der Weltbevölkerung in einer autokratischen Regierungsform – sei es eine auf Wahlen gestützte Autokratie oder eine Diktatur. Im

Gegensatz dazu ist die Zahl liberaler Demokratien bis 2024 auf 29 gesunken und umfasst nun weniger als eine Milliarde Menschen.

Die Ursachen der Ernüchterung

Die Gründe für die Wahrnehmung eines Niedergangs der Demokratie sind Gegenstand anhaltender tiefschürfender Debatten. Der Historiker Pierre Rosanvallon etwa erkennt im Vertrauensverlust einen wesentlichen Faktor für die Schwächung demokratischer Grundhaltungen.¹ Ähnlich klingt es in den von der Soziologin Dominique Schnapper diagnostizierten »Desillusionierungen« an, die sie als Folge eines »grenzenlosen Verlangens nach Freiheit und Gleichheit« beschreibt – eines übersteigerten »Libertarismus« in Verbindung mit überzogenen Erwartungen, die eine Ablehnung von Autorität und Misstrauen gegenüber der repräsentativen Demokratie hervorrufen.² In diesem Sinne betrachtet Francis Fukuyama die wachsende »Vetokratie« der Bürger in den Demokratien entwickelter Länder als Hindernis für das reibungslose Funktionieren des Systems.³

Die zweite häufig angeführte Ursachengruppe in dieser Debatte betrifft die Wirtschaftsordnung, die im Zuge der Globalisierung des Handels zwar für größeren Wohlstand gesorgt hat, jedoch um den Preis wachsender Ungleichheit und des sozialen Abstiegs eines bedeutenden Teils der Gesellschaft – Entwicklungen, die durch die Finanzkrise von 2008 noch beschleunigt wurden.

Der Soziologe Marc Lazar sieht die Ursachen ferner darin, dass das westlich-liberale Modell versagt habe, Herausforderungen wie etwa Arbeitslosigkeit, Prekarisierung des Arbeitsmarktes,

1 Vgl. dazu Rosanvallon, Pierre (2017): *Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens*. Hamburg: Hamburger Edition.

2 Vgl. dazu Schnapper, Dominique (2024): *Les Désillusions de la démocratie*. Paris: Gallimard.

3 Klein, Ezra (2016): Francis Fukuyama: America is in »one of the most severe political crisis I have experienced«. In: Vox, »<https://www.vox.com/2016/10/26/13352946/francis-fukuyama-ezra-klein>« (Letzter Abruf 09.02.2026).

Wohnungsnot und schwindende Kaufkraft zu bewältigen.⁴ Hinzu kämen die Terroranschläge, die die USA und Europa in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erschütterten und ein Unsicherheitsgefühl nährten, das mit dem Islamismus in Verbindung gebracht werde, sowie die Migrationskrise, die 2015 auf dem europäischen Kontinent ihren Höhepunkt erreichte. Darüber hinaus beobachtet er Reaktionen in Form eines »politischen Misstrauens gegenüber den Institutionen, den politischen Parteien, den nationalen Eliten und der Europäischen Union« sowie eine »Krise in Fragen der Kultur und der Identität«. Diese Krise speise sich aus den Fragen, die die Europäer umtreiben – »insbesondere der, was sie eigentlich als Nation und als Europäer ausmache, vor allem mit Blick auf die Zuwanderung –, zumal die beiden wichtigsten Integrationsmodelle, das in seiner Art allein dastehende französische Modell und das multikulturelle Modell, in der Krise stecken«.

Fukuyama wiederum beschreibt die Ausprägung dieses Phänomens in den USA und stellt fest, dass ein weiterer »Störfaktor« der Aufstieg der Identitätspolitik gewesen sei – das, was man auch als »woken Liberalismus« bezeichnen könnte. Dabei sei die vormals progressive Hinwendung zur Arbeiterklasse durch gezielte Schutzmaßnahmen für eine wesentlich kleinere Gruppe marginalisierter Bevölkerungsgruppen ersetzt worden: klassifizierte Minderheiten, Migranten, nach Genderkategorien definierte Minderheiten usw.⁵

Diese Konstellation bildete den Nährboden für das Wiederaufleben eines Populismus mit alten Wurzeln, das durch ein

4 Vgl. dazu Lazar, Marc (2019): *Populismes et peuplcratie en Europe. Des métamorphoses de nos démocraties?* In: *Diploweb*, »<https://www.diploweb.com/Populismes-et-peuplecratie-en-Europe-Des-metamorphoses-de-nos-democraties.html>« (Letzter Zugriff 09.02.2026) und Diamanti, Ilvo und Lazar, Marc (2019): *Peuplecratie. Les métamorphoses de nos démocraties*. Paris: Gallimard.

5 Fukuyama, Francis (2024): *What Trump unleashed means for America*. In: *Financial Times*, »<https://www.ft.com/content/f4dbcodf-abod-431e-9886-44acd4236922>« (Letzter Zugriff 09.02.2026).

weiteres Phänomen – eine direkte Folge des Informationszeitalters – noch beschleunigt wurde: die Verwandlung des »Raumes der Informationen« sowohl in der Innenpolitik als auch in den internationalen Beziehungen. Desinformation und Manipulation sind damit zu gängigen Mitteln russischer Einmischung und Einflussnahme auf die öffentliche Meinung geworden. Die Präsidentschaftswahlen in der Republik Moldau im Herbst 2024 und vor allem danach die Präsidentschaftswahl in Rumänien im Jahr 2025 offenbarten ein spektakuläres Ausmaß russischer Übergriffe. Russland nutzte soziale Netzwerke, um einen völlig unbekannten rechtsextremen Kandidaten an die Spitze des ersten Wahlgangs in Rumänien zu befördern, woraufhin das Verfassungsgericht die Wahl annullierte. Diese geballten Aktionen beschränken sich jedoch nicht auf Wahlkämpfe, sondern sind Teil einer breit angelegten Strategie, die die Grenzen zwischen wahr und falsch verwischt und Verschwörungstheorien verbreitet.

Der unaufhaltsame Aufstieg des Nationalpopulismus

Durch das Zusammenwirken all dieser Kräfte ist das Lager der Demokratien – gerade jenes, in dem die liberalen politischen Werte als am tiefsten verwurzelt galten – vom Aufstieg populistischer Kräfte erschüttert worden. Die Definitionen von Populismus variieren zwar, doch stimmen sie in den Merkmalen des Phänomens überein: dem Postulat der alleinigen Legitimität des »Volkes«, das idealisiert und den »korruptierten Eliten« entgegengestellt wird; der Legitimation durch die Wahlurne; sowie einem zugleich ausschließenden und missbräuchlichen Umgang mit den Rechten, die eine Mehrheit innerhalb demokratischer Institutionen besitzt – kurz, einem »illiberalen« Verständnis der Spielregeln der Demokratie.

Während die aufeinanderfolgenden Amtszeiten Silvio Berlusconi in Italien als erste Verkörperung eines populistischen Regierungsstils auf europäischem Boden angesehen werden können, gab es ähnliche Erfahrungen auch nach 1990 in der Slowakei, in Ungarn und in Polen. Den entscheidenden Anstoß zu einer dauerhaften Etablierung des Nationalpopulismus gab

jedoch der überwältigende Sieg der ungarischen Fidesz-Partei im Jahr 2010, der es dem Parteichef Viktor Orbán ermöglichte, die Verfassung zu ändern. Dieses Beispiel machte auch in Warschau Schule, wo Jarosław Kaczyńskis Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) im Jahr 2015 alle Schaltstellen der Macht übernahm. Im Jahr 2016 beflügelten der Ausgang eines Referendums mit populistischem Beiklang zugunsten des Brexits im Vereinigten Königreich und noch mehr die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA eine nationalpopulistische Bewegung, die in Westeuropa bis dahin eher spärlich vertreten war. Doch 2018 pendelte Italien erneut auf diesen populistischen Kurs ein und brachte eine Koalition aus der Lega und der Fünf-Sterne-Bewegung an die Macht.

Dieser Sieg sorgte bei den Europawahlen im Frühjahr 2019 für einen deutlichen Zuwachs an Sitzen und Stimmenanteilen dieser Parteien – von 16 Prozent auf 22 Prozent der abgegebenen Stimmen. Und obwohl erst der Sieg der postfaschistischen Partei Fratelli d'Italia (Geschwister Italiens) bei den Wahlen 2022 ihrer Anführerin Giorgia Meloni den Zugang zur Regierung verschaffte, verzeichnen seither praktisch alle Wahlen – ob national oder lokal – einen Aufschwung der rechtsextremen Parteien, sei es in Schweden, Belgien, den Niederlanden, Spanien, der Slowakei oder Deutschland. Zwar gelang es einem Wahlbündnis im Jahr 2023, die PiS in Polen von der Macht zu verdrängen, doch blieb diese Partei dennoch die stärkste Kraft im Parlament und errang 2025 das Präsidentenamt. Die Europawahl 2024 bestätigte eine weitere Stärkung dieses Trends, denn der Stimmenanteil dieses Lagers vollführte einen Sprung um rund 10 Prozent – von 22 Prozent auf 32–33 Prozent – und sicherte den disparaten und mitunter rivalisierenden Parteien dieses Spektrums nahezu ein Drittel der Sitze im Europäischen Parlament. In den nationalen Urnengängen führten diese Erfolge dazu, dass in Frankreich der Rassemblement National 2024 mit über einem Drittel der Stimmen zur stärksten Partei aufstieg und in Deutschland die AfD mit fast einem Viertel der Sitze im Bundestag zur zweitstärksten Kraft im Jahr 2025 wurde.

Die Neuerfindung der »westlichen Zivilisation«

Dieser Aufstieg, so spektakulär er auch ist, wurde durch das Comeback Donald Trumps in den USA im Jahr 2025 in den Schatten gestellt. Ob es sich nun um direkte Einmischungen oder die indirekten Auswirkungen des Trumpismus handelt – in Europa ebenso wie anderswo –, dieses Phänomen wird die innere Ordnung eines Teils der Welt und erst recht die internationale Ordnung neu definieren. Darin vereinen sich eine reaktionäre Ideologie, eine von den überragenden Interessen der Vereinigten Staaten (*America First*) geleitete Politik und die Rolle Trumps selbst bei der Definition dieser Interessen. Diese Kombination mag überraschen, galt doch die amerikanische Gesellschaft lange Zeit – vielleicht vorschnell – als durch einen breiten Konsens über die Werte des politisch-wirtschaftlichen Liberalismus geeint.

Auch wenn er nicht mit einem ausgefeilten politischen Wahlprogramm an die Macht gelangte, machte sich der amerikanische Präsident während seiner ersten Amtszeit (2017 bis 2021) daran, seine großen Wahlkampfthemen umzusetzen – basierend auf Nationalpopulismus, Protektionismus, Verriegelung der Grenzen für Migranten, Vorrangstellung geschäftlicher Interessen (»Transaktionalismus«) und Deregulierung. Diese Erfahrung und die Dynamik, die sie in konservativen Kreisen und deren Think-Tanks auslöste, haben zwischen der Wahl 2016 und jener von 2024 das ideologische Fundament dessen geformt, was im Zuge der Erfolge des Slogans »Make America Great Again« zur MAGA-Bewegung wurde. Diese Bewegung nutzte eine Rede Trumps im Juli 2017 in Warschau – in der er zur Verteidigung »unserer Zivilisation« aufrief, die von »Zerstörung« bedroht sei – als willkommene Einladung, eine Definition der »westlichen Zivilisation« zusammenzustückeln.

Die Zusammenführung von Elementen aus verschiedenen Strömungen zeigt Spuren eines weißen Suprematismus mit rassistischem Einschlag, eines identitären Nationalpopulismus, des traditionsverbundenen amerikanischen Evangelikalismus und eines neueren katholischen Fundamentalismus sowie einer hemmungslos-libertären Kultur. Als Verkörperung gerade dieser beiden zuletzt genannten Strömungen bot Vizepräsident J. D. Vance

im Februar 2025 in München die spektakulärste Illustration hierfür. Er schockierte sein Publikum, indem er die Hauptbedrohung als »Bedrohung von innen« bezeichnete und die Europäer dafür rügte, dass sie bei »einigen der fundamentalsten, mit den Vereinigten Staaten geteilten Werten« einen Rückschritt vollzogen hätten – nämlich durch die angeblich von europäischen Regierungen und der EU-Kommission errichteten Schranken der Meinungsfreiheit im Kampf gegen »Hassrede« oder Desinformation, in der Verfolgung von Abtreibungsgegnern usw. Anschließend begab er sich – wenige Tage vor den Bundestagswahlen in Deutschland – demonstrativ dorthin, um die Vorsitzende der rechtsextremen AfD zu unterstützen. »Der demokratische Rückschritt in Europa hat nicht nur Auswirkungen auf die europäischen Bürger, sondern beeinträchtigt zunehmend auch die Sicherheit und die wirtschaftlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung der amerikanischen Bürger und Unternehmen«, kritisierte im Juni 2025 ein Dokument des Außenministeriums mit dem Titel »Die Notwendigkeit zivilisatorischer Verbündeter in Europa«.⁶

Einige Monate später bekräftigte die »Nationale Sicherheitsstrategie« dieses Ziel, das sich die Trump-Regierung gesetzt hatte, nämlich die »Förderung der europäischen Größe«. Der alte Kontinent und insbesondere die Europäische Union werden darin als von einem »zivilisatorischen Untergang« bedroht dargestellt, verursacht durch »Migrationspolitiken, die den Kontinent so stark verändern«, dass er »in 20 Jahren nicht mehr wiederzuerkennen sein wird«, durch »Zensur der Meinungsfreiheit, die Unterdrückung der Opposition«, durch »regulatorische Erstickung«, durch die Schwächung »der politischen Freiheiten und der Souveränität (und) die Umkehrung der Regeln der Demokratie«. Da Europa für die Vereinigten Staaten »strategisch und kulturell lebenswichtig« ist, bieten diese den Europäern ihre Hilfe an, um »ihren Kurs zu

6 Samson, Samuel (2025): The Need for Civilizational Allies in Europe. In: Bureau for Democracy, Human Rights, and Labor, State Department, 27 Mai 2025, »<https://statedept.substack.com/p/the-need-for-civilizational-allies-in-europe>« (Letzter Zugriff 24.03.2026).

korrigieren«, und setzen zu diesem Zweck große Hoffnungen auf den »wachsenden Einfluss patriotischer europäischer Parteien« und »gesunde Nationen in Mittel-, Ost- und Südeuropa.«⁷ Deutlicher kann man es nicht sagen.

Dementsprechend ist die so umdefinierte »westliche Zivilisation« aus sorgfältig ausgewählten »jüdisch-christlichen« Werten gewoben, bereinigt um alle Elemente von Liberalismus, Humanismus, Säkularismus, Permissivität, Toleranz gegenüber Vielfalt und allem, was als »woke« etikettiert werden kann. Und eben diese Ideologie haben ihre Vorkämpfer nun auf dem europäischen Kontinent zu verbreiten begonnen. Zwar hat Steve Bannon, der Trump in dessen Wahlkampf und zu Beginn seiner ersten Amtszeit beriet, bereits 2017 mit einer Organisation namens *The Movement* versucht, die extreme Rechte des Alten Kontinents zu einen, doch erst im Zuge von Donald Trumps zweitem Präsidentenwahlkampf gewann dieser Aktivismus an Schwung. Mehrere US-amerikanische Zusammenschlüsse – wie die Konferenz des Nationalkonservatismus (NatCon) und die Conservative Political Action Conference (CPAC) – wurden mobilisiert und organisierten ab Anfang 2024 Zusammenkünfte bzw. Treffen mit unterschiedlichen Führungsfiguren der europäischen Politik. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, dessen ideologische Linie Donald Trump nach eigener wiederholter Bekundung als Inspirationsquelle nutzt, ist eine Schlüsselfigur dieser Aktionen und Bündnisse, die einer unverhohlenen Einmischung in europäische Wahlprozesse gleichkamen. So erhielt der rumänische Präsidentschaftskandidat George Simion, der sich unverhohlen als »MAGA«-Kandidat präsentierte, zwischen den beiden Wahlgängen im Mai 2025 Besuch und Unterstützung vom CPAC-Vorsitzenden. Und in Polen profitierte der Präsidentschaftskandidat der PiS, Karol Nawrocki – den Trump im Weißen Haus empfangen und ausdrücklich unterstützt hatte – seinerseits bei einer von der CPAC organisierten Kundgebung

7 The White House (2025): National Security Strategy of the United States of America. In: The White House, November 2025, pp. 25–27, »<https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>« (Letzter Zugriff: 24.03.2026).

wenige Tage vor dem zweiten Wahlgang von der Unterstützung der US-Heimatschutzministerin Kristi Noem. Diese hatte ausdrücklich die Qualität der künftigen Beziehungen zu Präsident Trump und die Aufrechterhaltung eines US-Truppenkontingents von der Wahl des PiS-Kandidaten abhängig gemacht.

Drei Schlussfolgerungen

Insgesamt zeigt sich, dass in den meisten Ländern Europas eine starke Dynamik die Wählerschaft hin zu radikalen politischen Positionen drängt – überwiegend zu rechts nationalpopulistischen Positionen, aber auch zum entgegengesetzten Rand hin – und dass diese im Widerspruch zu den liberalen Werten stehen. Diese Dynamik speist sich aus vielfältigen Ursachen innerhalb der Gesellschaften. Verstärkt wird sie durch eine europaweite Koordination der rechtsextremen Parteien, die trotz mancher Differenzen in einer gemeinsamen Abneigung gegen die Grundsätze des Liberalismus vereint sind. Die Sogwirkung des Trumpismus fügt dieser Gleichung einen neuen Faktor hinzu, indem die europäische nationalpopulistische Bewegung in ein US-amerikanisches politisches Projekt – die Neudefinition der »westlichen Zivilisation« zunächst durch das MAGA-Netzwerk – integriert wird, und nun in Form einer Politik der offenen Einmischung durch die amtierende Regierung. Die »Nationale Sicherheitsstrategie« hat in Europa zwar für Entsetzen gesorgt, wurde jedoch keineswegs einstimmig abgelehnt. Diese Initiativen wurden von einigen europäischen Regierungschefs begrüßt und finden auch die Zustimmung nationalpopulistischer Politiker, die von nationalistischen Instinkten getrieben sind und sich von diesem Rückenwind aus Amerika einen schnelleren Aufstieg zur Macht erhoffen, wie man es in Mitteleuropa gesehen hat. Welche Gefahr diese »reaktionäre Internationale« für die liberale Demokratie darstellt, zeigen die Praktiken, die in Ungarn, in Polen während der PiS-Regierung (2015–2023) und seit 2025 in den USA zu beobachten sind: politische Kontrolle über die Justiz, Missachtung der Rechtsstaatlichkeit, Unterwerfung der öffentlich

verfügbaren Medien, Aushöhlung der Pressefreiheit, Angriffe auf die akademische Freiheit ...

Die zweite Schlussfolgerung lautet, dass diese Offensive, die aus dem Inneren der Europäischen Union und der USA kommt, auch darauf abzielt, das europäische politische Projekt rückabzuwickeln – ein Projekt, das in Washington wie übrigens auch in Moskau verhasst ist und das in Europa von einer nationalpopulistischen Bewegung auf dem Weg in den Autoritarismus verworfen wird, mit der Begründung, es beschränke die nationale Souveränität – womit eigentlich die willkürliche Machtausübung gemeint ist. Dabei sind doch die Regeln, die durch Verträge festgelegt und in jedem Land ordnungsgemäß ratifiziert wurden, eindeutig. Alle Prinzipien der liberalen Grundordnung sind nämlich unmissverständlich in der Charta der Grundrechte der EU formuliert, die im Jahr 2000 in die Verträge aufgenommen und folglich mit derselben Rechtskraft ausgestattet wurde. Das Gefüge aus Verträgen und Institutionen, die mit ihrer Durchsetzung betraut sind, bildet einen starken Damm gegen die konstatierten Fehlbildungen, um die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen zu gewährleisten – Verpflichtungen, denen sich ein Staat nur durch den Austritt aus der Union entziehen kann. Doch ist eben dieser Austritt ein Risiko, das laut regelmäßigen Umfragen in allen 27 Mitgliedstaaten der Union keine europäische Nation bereit ist einzugehen. Die europäische Einigung dient sowohl den Bürgern als auch den politischen Entscheidungsträgern Europas als politischer und moralischer Kompass. Sie ist dies auch für den Rest der Welt, wo viele mit Hoffnung und auch Neid auf dieses Vorbild blicken. Um ein solcher Kompass zu bleiben, verfügen die Hüter der Verträge – also die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof (EuGH) – über die Mittel zu ihrer Durchsetzung. Sie müssen davon auch Gebrauch machen!

Drittens muss schließlich durch die öffentlich vorgetragenen politischen Positionen der europäischen Staaten – seien es jene der hoheitlichen Kernbereiche wie Justiz oder innere Sicherheit, aber nicht nur diese – entschlossen gehandelt werden, um das Vertrauen der Bürger in die repräsentative Demokratie und deren Institutionen wiederherzustellen, das in einer Reihe dieser

Länder stark unterhöhlt ist. Dabei gilt es, den schmalen Grat zwischen der Wahrung der individuellen Freiheitsrechte und der Achtung der Menschenrechte sorgfältig auszubalancieren. Einigen europäischen Staaten wie Irland oder Dänemark ist es dank ihrer Politik gelungen, nationalpopulistische Parteien vom Zugang zur Macht fernzuhalten. Zwar lässt sich gewiss kein Grundmuster eins zu eins von einem Land auf ein anderes übertragen. Doch die weitere Diskussion muss anhand einer sorgfältigen, unvoreingenommenen Betrachtung all dieser Erfahrungen geführt werden. Ein solches Vorgehen scheint am ehesten geeignet, das Modell der liberalen Demokratie zu bewahren.

Aus dem Französischen übersetzt von Johannes Hampel